

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Otto Schily MdB zu
Konsequenzen aus
dem Golfkrieg: Eine
dauerhafte Friedens-
ordnung schaffen.

Seite 1

Max von Heckel MdL
zum größten Wahlbe-
trug in der Nachkriegs-
geschichte: Die Bevöl-
kerung dreist hinters
Licht geführt.

Seite 2

Ludwig Fellermaier zum
Versuch des türkischen
Staatspräsidenten,
Menschenrechts-
verletzungen zu ver-
schleiern: Özals Mo-
gelpackungen.

Seite 3

Dokumentation:

Die Arbeitsgruppe
Frieden des Frankfurter
Kreises hat - orientiert
am Entwurf des Leit-
trags des SPD-Partei-
vorstandes - einen
Vorschlag für den
Bereich Friedenspolitik
erarbeitet. Wortlaut

Seite 5

46. Jahrgang / 44

5. März 1991

Eine dauerhafte Friedensordnung schaffen!

Zu den erforderlichen Konsequenzen aus dem Golfkrieg

Von Otto Schily MdB

Kriegsziele lassen sich bequemer formulieren als Friedensziele. Nachdem der zweite Golf-Krieg glücklicherweise rasch zu Ende gegangen ist, kommt es darauf an, eine dauerhafte Friedensordnung zu errichten, die verhindert, daß in absehbarer Zeit ein dritter Nahost-Krieg stattfindet.

Die deutsche Nahost-Politik darf sich daher nicht auf die Mitwirkung an der Linderung der unmittelbaren Kriegsfolgen beschränken, sondern sie muß gemeinsam mit der EG zu einem neuen Horizont gelangen. Folgende Überlegungen sollten dabei maßgebend sein:

- Die Deutschen müssen auf jegliche Rüstungsexporte in die Nahost-Region verzichten und für die strikte Einhaltung entsprechender Exportverbote sorgen.
- Die Deutschen sollten sich für ein europäisches Übereinkommen zur Beendigung von Waffenlieferungen in den Nahen Osten einsetzen.
- Die Rolle der Vereinten Nationen muß gestärkt werden, die sie befähigt, frühzeitig zur Konfliktvermeidung tätig zu werden.
- Es müssen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich Deutsche an einer Friedenstruppe der UNO (Blauhelme) beteiligen können.
- Die Forderung nach Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz darf nicht bloße Deklamation bleiben. Auf europäischer Ebene könnte die Forderung durch mehr Nachdruck verliehen werden, daß eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Friedenskonferenz eingesetzt wird.
- Der deutsch-israelische Dialog muß ausgebaut werden. Unverständnis und kulturelle Entfremdung sind meistens der Beginn künftiger Konflikte, weil sie leicht für die Austragung wirtschaftlicher Interessengegensätze mißbraucht werden.
- Wünschenswert ist daher ein deutsch-arabisches Forum und die Gründung einer deutsch-arabischen Universität.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleiht den Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



- Es liegt nicht in der unmittelbaren Verantwortung Deutschlands, durch größere finanzielle Beiträge zum Aufbau und Wiederaufbau der Nahost-Region beizutragen. Insbesondere die Golf-Staaten verfügen über genügend Ressourcen, das aus eigener Kraft zu bewerkstelligen.
- Die wirtschaftliche Kooperation mit den Staaten des Nahen Ostens sollte von deutscher Seite auch unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob friedliche Entwicklungen damit begünstigt werden.

(-/5. März 1991/rs/fr)

Die Bevölkerung dreist hinters Licht geführt Zum größten Wahlbetrug in der Nachkriegsgeschichte

Von Max von Heckel MdL

Haushalts- und Finanz-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Als größter Wahlbetrug in der deutschen Nachkriegsgeschichte sind die von den Bonner Regierungsparteien beschlossenen Steuererhöhungen zu werten.

Noch nie wurde die Bevölkerung von einer Regierung derart dreist und unverfroren hinters Licht geführt. Mit ihrem Verhalten haben CDU, CSU und FDP nicht nur ihre eigene Glaubwürdigkeit auf Null gebracht - das wäre aus sozialdemokratischer Sicht noch zu verschmerzen - vielmehr haben sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie insgesamt in ihren Grundfesten erschüttert.

Die traurigste Figur in diesem Schmierstück ist zweifellos der CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Waigel. Aber auch seine Münchner Parteifreunde stehen ihm in dieser Beziehung kaum nach.

Zum Beleg einige Beispiele:

- Der frühere Finanzminister Tandler verkündet in einer Pressemitteilung seines Hauses am 8. Mai 1990: "Deutsche Einheit problemlos zu finanzieren".
- Am 16. Mai 1990 teilt das Finanzministerium mit: "Tandler: Die Finanzierung der deutschen Einheit ist gesichert, ohne daß die Bürger der Bundesrepublik zusätzlich belastet werden."
- CSU-Generalsekretär Huber erklärt bei einer Wahlveranstaltung im niederbayerischen Haibach ausweislich des "Straubinger Tagblattes" vom 27. November 1990: "Es bleibt dabei. Es gibt keine Steuererhöhung für die deutsche Einheit! Diese Garantie kann Ihnen nur die Regierung Helmut Kohl geben."
- In Bezug auf Glaubwürdigkeit hat Tandler in Minister Waldenfels einen adäquaten Nachfolger gefunden. Als zu Beginn dieses Jahres der Vorsitzende des Bayerischen Städteverbandes und Landshuter Oberbürgermeister Deimer eine Erhöhung der Mineralölsteuer gefordert hatte, warf ihm Waldenfels "Aufforderung zum Wählerbetrug" vor. Jetzt ist Herr von Waldenfels dieser Aufforderung nachgekommen.
- Als Aberwitz und neuerliche Lüge werte ich die Behauptungen der CSU, daß nicht die Finanzierung der Einheit, sondern der deutsche Beitrag zum Golfkonflikt die Steuererhöhungen notwendig machte. Die CSU muß geradezu perverse Vorstellungen von der Bewußtseinslage der Bevölkerung haben. Glauben Herr Waigel und andere tatsächlich, die Menschen würden lieber einen Krieg finanzieren als den Aufbau

eines Teils des eigenen Landes? Außerdem sind die Behauptungen auch sachlich schlicht falsch.

In einem Interview mit dem "Main-Echo" vom 28. Februar 1991 bezifferte Waldenfels selbst die Kosten für den Golfkrieg mit 17 Milliarden Mark, während Waigel einräumt, daß 1991 rund 80 Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt in die neuen Bundesländer geflossen sind. Allein die jetzigen Steuerbeschlüsse mit 35,4 Milliarden Mark für 1991 (aufs Jahr gerechnet sogar 46 Milliarden Mark) machen mehr als das Doppelte des deutschen Beitrags für die Golfregion aus.

Mit den jetzigen Beschlüssen wird die Gesamtentlastung der drei Stufen der angeblich "größten Steuerreform aller Zeiten" von 1986 bis 1990, die unter Berücksichtigung der seinerzeitigen Verbrauchssteuererhöhungen ein Entlastungsvolumen von 36,2 Milliarden Mark gebracht hat, mehr als zurückgenommen und die Lasten zudem noch wesentlich ungerechter verteilt. Schließlich werden jetzt die seinerzeit hohen Entlastungen für Unternehmen und Spitzenverdiener nur zu einem kleinen Teil korrigiert, während die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger massiv belastet wird.

Um das Maß voll zu machen, halten die Bonner Regierungsparteien auch ungerührt an ihrer Absicht fest, die Gewerbesteuer und die Vermögenssteuer aufzuheben. Und da behauptet Herr Stoiber allen Ernstes, die CSU sei das "sozialste Gewissen in der Koalition". Wenn dann noch Herr Waigel seinen kümmerlichen Rechtfertigungsartikel im "Bayernkurier" vergangener Woche mit der Überschrift "Wir bleiben auf Kurs" versieht, kann dies nur als Drohung verstanden werden, die für die Zukunft das Schlimmste befürchten läßt.

(-/5. März 1991/rs/rt)

Özals Mogelpackungen

Zum Versuch des türkischen Staatspräsidenten Menschenrechtsverletzungen zu verschleiern

Von Ludwig Fellermaier

Vorsitzender der Koordinierungsgruppe Türkei beim SPD-Partei Vorstand

Die Türkei und ihre Politik waren in der Bundesrepublik seit dem Ausbruch der Golfkrise nur noch unter dem Gesichtspunkt der Verlegung deutscher Truppen in den Südosten des Landes gesehen worden.

In den letzten Wochen gab es jedoch in der türkischen Innenpolitik mehrere Vorgänge, die aufforchen lassen.

Wohl ohne Parallelen in demokratisch verfaßten Staaten in der Welt dürfte die Ankündigung der Frau des türkischen Staatspräsidenten Özal sein, im Frühsommer für das Amt der Parteivorsitzenden der alleinregierenden Mutterlandspartei zu kandidieren. Der Staatspräsident äußerte sich dazu im einzigen privaten Fernsehkanal, der neben dem Staatsfernsehen zugelassen ist und seinem Sohn gehört, sehr erfreut darüber.

Empört fragte die sozialdemokratische Opposition den Staatspräsidenten öffentlich, ob die türkische Republik allmählich Privatbesitz des Familienclans der Özal werde, denn Brüder und andere Verwandte wurden von ihm in hohe Stellungen gebracht. Wir wollen uns in dieses orientalische Spiel nicht einmischen. Ganz anders jedoch sieht es bei zwei Gesetzentwürfen der türkischen Regierung aus, die Fragen der Menschenrechte betreffen.

Am 25. Januar 1991 gab Regierungssprecher Mehmet Yazar bekannt, daß der Gebrauch der kurdischen Sprache nunmehr frei werde. Der Ministerrat habe beschlossen, das am 22. Oktober 1983 in Kraft getretene "Gesetz über Publikationen, die in anderen Sprachen als

Türkisch erscheinen* aufzuheben; das Justizministerium sei beauftragt worden, ein neues Gesetz auszuarbeiten.

Endlich, so dachten sich viele Beobachter in Westeuropa, kommt Bewegung in die Kurdenfrage. Man sah eine schmale Wegöffnung zu mehr kultureller Autonomie für die Menschen im Südosten der türkischen Republik.

Doch die Hoffnung trug. Wenn der Gesetzentwurf nicht verändert wird, kann man ihn nur als politische Kosmetik bezeichnen.

Dann kann er vielleicht ungewollt zum Nährboden für die illegale kurdische Partei (PKK), werden, die auch vor Terror bekanntlich nicht zurückschreckt.

Nochmals der türkische Regierungssprecher. Bezüglich des Gesetzes Nr. 2932 über Türkisch als Amtssprache sagte Yazır unter Berufung auf den Justizminister folgendes: "In Behörden und öffentlichen Anstalten, bei Publikationen, an Schulen sowie bei Versammlungen und Demonstrationen wird ausschließlich Türkisch zulässig sein. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, außer Türkisch lokale Sprachen und Dialekte öffentlich zu sprechen und in diesen zu musizieren."

Das heißt im Klartext also, kurdische Publikationen sind wohl weiterhin verboten. Zweisprachigkeit in Schulen, also Türkisch und Kurdisch nebeneinander als Ausdruck teilweise kultureller Autonomie, ist nicht gestattet.

Wenn die türkische Regierung glaubt, mit dieser "Mogelpackung" im Europäischen Parlament, im Europarat und den westlichen Staaten Europas insgesamt bestehen zu können, hat sie sich getäuscht. Die Hoffnung richtet sich jetzt auf die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfes. Deshalb sollten Freunde der Türkei aus allen politischen Lagern im Deutschen Bundestag, im Europarat und im Europäischen Parlament auf ihre türkischen Parlamentskollegen einwirken, in diesem Gesetz wenigstens den Einstieg in eine kulturelle Autonomie herzustellen. Die Behandlung ethnischer Minderheiten und ihrer Sprachen ist in der Türkei ein vielschichtiges Problem, denn es gibt 28 davon. Die meisten sind aber kleine Sprachinseln, während Millionen von Menschen im Südosten des Landes Kurdisch als Muttersprache haben.

Ein zweiter Gesetzentwurf verdient ebenso öffentliche Aufmerksamkeit. Grundlage für politische Massenprozesse nach der Machtübernahme der Generäle am 12. September 1980 waren die Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches. Aber auch unter Özals Zivilregierungen wurde weiter auf dieser Grundlage angeklagt. Kritik am Staate, am Präsidenten, Durchführung von Streiks oder öffentliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen führten fast immer zu Verfahren vor den Staatsgerichtshöfen.

Selbst wenn diese Artikel jetzt fallen, bleibt die entscheidende Frage offen: Was geschieht mit den Tausenden verurteilten politischen Tätern, die seit Jahren in den Gefängnissen sitzen und auf die Revisionsverfahren vor dem militärischen Kassationshof warten? Fragen also, auf die die türkische Regierung bis jetzt keine Antwort gibt. Zum inneren Frieden in der Türkei gehört eine Amnestie für politische Täter, denn nur so macht die Strafrechtsreform einen Sinn. Gleichzeitig muß die Todesstrafe endgültig abgeschafft werden!

Heilhörig macht die Ankündigung des türkischen Regierungssprechers, mit der Ablösung der Artikel 141, 142 und 163 werde gleichzeitig ein neues Gesetz "zur Bekämpfung von Anarchie und Terror vorgelegt, das Handlungen nach den genannten Artikeln in Verbindung mit Gewaltanwendung unter Strafe stellen wird." Sobald der Gesetzestext uns vorliegt, werden wir Sozialdemokraten ihn einer kritischen Prüfung unterzeichnen und unser endgültiges Urteil in enger Konsultation mit der sozialdemokratischen Volkspartei der Türkei treffen.

In Kürze wird im Rahmen der vereinbarten Konsultationen zwischen SPD und SHP eine gemeinsame Sitzung einer gemischten Arbeitsgruppe zu allen Aspekten der türkischen Politik, auch unter Berücksichtigung einer neuen Friedensordnung für den Nahen Osten in Istanbul stattfinden.

(-/5.3.1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

In Frieden leben

Die Arbeitsgruppe Frieden (Sprecher: Konrad Gilges MdB) des Frankfurter Kreises hat - orientiert am Entwurf des Leitantes des SPD-Parteivorstandes vom 4. März 1991 einen Vorschlag für den Bundesparteitag 1991 - in Bremen für den Bereich Friedenspolitik erarbeitet, den wir im Wortlaut dokumentieren.

I.

Angesichts des Rückfalls der Politik in die "Logik des Krieges" erinnert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an Ihre Absicht, eine waffenlose und gewaltlose Welt zu errichten. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, daß das Blutvergießen die Ursachen militärischer Kontroversen nicht beseitigen kann. Deshalb werden wir mit noch größerem Nachdruck als bisher für einen dauerhaften Frieden in Europa arbeiten und die Weltgemeinschaft ermutigen, außereuropäische Konfliktformationen mit friedlichen Mitteln zu beeinflussen. Die europäische Erfahrung, daß zwischenstaatliche Spannungen durch politische und wirtschaftliche Kooperation und Verflechtung, Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die Übertragung staatlicher Selbstbestimmungsrechte an supranationale Institutionen zivilisiert werden können, ist beachtenswert auch für die Regelung von Konflikten in anderen Regionen der Welt. Das vereinte Deutschland könnte bei einem solchen Erkenntnisprozeß einen wichtigen Beitrag leisten, vorausgesetzt, daß wir Sozialdemokraten eine friedensverträgliche Gesellschaft mitgestalten können. Dazu gehört die Unterstützung und Förderung von Friedens- und Konfliktforschung, Friedenserziehung und Friedenspädagogik, Friedensdienste und Friedensinitiativen. Zur Förderung des Friedensengagements gehören auch die Unterstützung internationaler Begegnungen, insbesondere von Jugendlichen und Soldaten. Dies alles wird die Chancen für eine Welt ohne Waffen und Krieg verbessern.

II.

Die Errichtung eines einheitlichen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsraums ist das Fundament einer europäischen Friedensordnung. Die "Charta von Paris für ein neues Europa" ist bei diesem Vorgang von grundlegender Bedeutung. Die Sicherheit Europas wird vor allem davon abhängen, ob es gelingen wird, weiter abzurüsten, eine strukturelle Angriffsunfähigkeit herzustellen und eine friedensverträgliche Gesellschaft aufzubauen. Angesichts des Aufbrechens neuer Nationalismen und eines neu entstehenden Rassismus in Europa, müssen umgehend geeignete Mechanismen zur friedlichen Beilegung eventueller Streitfälle entwickelt werden. Dabei müssen die Staaten Europas unzeitgemäße Souveränitätsansprüche aufgeben, die Rolle der schlichtenden Drittpartei stärken und die präventive Konfliktverhütung verbessern. Dem Konfliktverhütungszentrum in Wien müssen dafür neue und weitreichende Kompetenzen zugeordnet werden. Die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten sollten hierbei besondere Aufgaben übernehmen.

III.

Die weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie die Aufrüstung und Militarisierung vieler Länder wäre ohne deutsche und europäische Unterstützung weniger rasant und bedrohlich gewesen. Solange Rüstungsexporte und die Ausfuhr rüstungsfähiger Technologien und Materialien nicht durch entsprechende Beschlüsse der Vereinten Nationen (UN) nachprüfbar weltweit untersagt sind, muß ein entsprechendes nationales Verbot ausgesprochen werden. Der erste Schritt dazu ist das Verbot von Waffenexporten in Staaten, die nicht Mitglied des NATO-Bündnisses sind. Ferner dürfen Rüstungsgüter nur exportiert werden, wenn der Endverbleib garantiert ist. Dies gilt auch für bestehende und künftige Kooperationsabkommen. Unternehmen, die gegen das Verbot von Rüstungsexporten verstoßen, werden zwangsenteignet. Bei der Definition des Rüstungsbegriffes ist künftig von der potentiellen Nutzbarkeit auszugehen. Ein Rüstungsexportverbot ist in das Grundgesetz aufzunehmen. Durch geeignete Maßnahmen muß zudem die Transparenz und öffentliche Kontrolle der Rüstungsproduktion hergestellt werden. Parallel dazu muß ein Konversionsprogramm die

Überführung der an Rüstung gebundenen Arbeitskräfte zu industriellen und finanziellen Kapazitäten zur Lösung von Problemen im Umwelt-, Sozial- und anderen Bereichen regeln.

IV.

Nach der Suspendierung der militärischen Strukturen der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) muß auch die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) unverzüglich entsprechende Schritte einleiten. Ziel ist die Selbstauflösung des Atlantischen Bündnisses 45 Jahre nach seiner Gründung, am 4. April 1994. Auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)-Folgekonferenz 1992 muß sichergestellt werden, daß die Grundsätze, Aufgaben und Institutionen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems beraten werden. Ziel ist es, daß die darauffolgende KSZE-Konferenz 1994 die ersten Schritte der Einrichtung eines europäischen Sicherheitssystems einleitet. Wir setzen uns dafür ein, daß der Prozeß bis zum Jahr 2000 beendet ist. Bis dahin dürfen dem Bündnis keine neuen Aufgaben zugewiesen, neue Mitglieder aufgenommen und das NATO-Einsatzgebiet nicht ausgeweitet werden. Des Weiteren darf die Westeuropäische Union (WEU) keine zusätzlichen und die Europäische Gemeinschaft (EG) keine Sicherheits- und militärpolitischen Aufgaben übernehmen. Entsprechende Pläne der Bundesregierung im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Politischen Union lehnen wir ab. Eine europäische Sicherheitsordnung, in der alle 34 Nationen Platz finden, kann nur im Rahmen der KSZE errichtet werden. Dazu gehörten unter anderem die Errichtung eines Zentrums zur Streitschlichtung und Verifikation sowie die Institutionalisierung politischer und wirtschaftlicher Kooperation.

V.

Parallel verhandeln die KSZE-Staaten über die Verringerung der konventionellen Waffen und Streitkräfte. Ziel ist eine gegenseitige strukturelle Angriffsunfähigkeit und ein System kollektiver Sicherheit. Ferner fordern wir eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone. Die Verhandlungen zu einem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE 2) werden in diese KSZE-Gespräche überführt.

VI.

Unser Ziel ist eine Personalstärke der Bundeswehr von 100.000 Soldaten, die ausschließlich verteidigungsfähige Waffensysteme und Strukturen zur Verfügung haben. Durch diese Maßnahmen zugunsten einer verteidigungsspezifischen Mobilität kann der Verteidigungshaushalt in den nächsten Jahren drastisch reduziert werden. Ziel ist die Halbierung des Verteidigungshaushaltes 1991 innerhalb der nächsten drei Jahre.

VII.

Aufgrund von zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, besitzt die Bundesrepublik Deutschland weder die moralische noch die politische Berechtigung zur Mitwirkung an militärischen Aktionen im Rahmen der UN. Auch das größer und souverän gewordene Deutschland ist daher zu mehr Zurückhaltung beim Auftrag seiner Streitkräfte verpflichtet als andere europäische Staaten. Die Aufgabe und besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der UN besteht darin, die nicht-militärischen Handlungen der Weltorganisation zu stärken und ausbauen zu helfen. Dabei muß vor allem das Konzept der kollektiven, gemeinsamen Sicherheit aktualisiert und konkretisiert werden und der Interessenausgleich zwischen Nord und Süd auf seine Wirksamkeit und Aktualität hin überprüft und gefördert werden. Die UN ist mit ihren bisherigen Strukturen nicht gegen den Mißbrauch durch Großmächte geschützt. Solange die Vereinten Nationen nicht durch eine grundlegende Reform zu einem kollektiven System gemeinsamer Sicherheit geworden sind, gibt es keine Notwendigkeit für eine deutsche Beteiligung an UN-Friedenstruppen (Peace keeping operations). Die Aufgabe von Blauhelm-Einsätzen muß weiterhin von bündnisneutralen und kleineren Staaten wahrgenommen werden, die in Konfliktregionen keine Interessen haben. Mit der SPD wird es keine Veränderung des verfassungsmäßigen Auftrags der Streitkräfte geben, die die Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten militärischen Aktionen eröffnet. (-/5. März 1991/rs/fr)
